



- Wo sind Rauchmelder in Wohnungen Pflicht?
- Fragen & Antworten rund um die Pflege
- Serie: Jobben im Studium

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 22. Mai 2013

68. Jahrgang/Nr. 116 • Berlinausgabe 1,70 €

STANDPUNKT

## Exodus aus Spanien

Von Ralf Streck

Auch wenn die Arbeitslosigkeit in Spanien besonders unter Jugendlichen auf immer neue Rekordmarken steigt – Arbeitsministerin Fátima Báñez sieht hoffnungsvolle Signale. Das Land sei auf dem »Weg aus der Krise«, sagt die streng katholische Politikerin, die bisweilen auch mal Hilfe bei der Jungfrau Maria sucht. Da die regierende konservative Volkspartei (PP) keine Krisenlösungskonzepte hat und sich das Land auf deutschen Druck immer tiefer in die Rezession spart, soll die extreme Jugendarbeitslosigkeit neben göttlichem Beistand nun auch mit deutscher Hilfe gesenkt werden.

Junge begabte Spanier werden aber nicht in Spanien Ausbildung und Beschäftigung finden, sondern mit Hilfe von EU-Geldern in Deutschland, wo viele Lehrstellen unbesetzt sind. Dass Spanien über diesen Braindrain mit fatalen Folgen für die Zukunft ausblutet, nennt Báñez die Förderung »externer Mobilität« am Arbeitsmarkt.

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen kann das nur recht sein. Sie tut so, als werde Spanien geholfen. Dabei trägt das Land die Kosten für Erziehung und Schulbildung der Auswanderer, und den Profit hat Deutschland. Was für verzweifelte Spanier eine Hoffnung darstellt, ist vor allem deutsche Wirtschaftsförderung, um den in einigen Bereichen festzustellenden Fachkräftemangel und die Überalterung zu bekämpfen. Dynamische und innovative junge Kräfte werden aus Spanien abgezogen – obwohl sie gerade dort gebraucht werden, um das Land aus der Misere zu holen.

Unten links

Nach Bekanntwerden der Steueraffäre von FC-Bayern-Präsident Uli Hoenes haben allein im Südwesten Deutschlands rund 400 Personen ihre Steuerhinterziehungen zur **Selbstanzeige** gebracht. Das meldete das Finanzministerium in Stuttgart. Eine Entwicklung, die notorische Kommunisten aufs Höchste frohlocken lassen dürfte. Schließlich ist die Selbstanzeige – neben Selbstkritik und Selbstanklage – eines der wichtigsten Instrumente auf dem Weg zur kommunistischen Selbstherrschaft. Franz-Josef Strauß wusste: »Wenn die Demokratisierung weit genug fortgeschritten ist, dann endet sie im kommunistischen Zwangsstaat.« Und in Selbststoren des FC Bayern. Wer in den eigenen Kasten schießt, ist selbst ein Tor. Am Ende helfen weder Selbstmitleid noch selbstgestrickte Stützen: Es droht die Selbstausweisung. Wie in der DDR, wo Selbstvergeessene von den Sicherheitsorganen dazu aufgefordert wurden. Selbstverständlich unmissverständlich: »Bürger, weisen Sie sich aus!« *ibo*

www.neues-deutschland.de  
twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise  
Tschechien 67/77 CZK ISSN 0323-4940



## Erhaltung der Art gesichert

»Euro Hawk«-Debakel folgenlos: NATO kauft Drohnen von der Stange



Berlin (nd). Das Aussterben einer einzigen Art kann für ein ganzes Ökosystem verheerende Folgen haben. Zum heutigen Internationalen Tag der Biodiversität der Vereinten Nationen mahnen Umweltorganisationen den Schutz von seltenen Tieren und Pflanzen an. So richtet der BUND sein Augenmerk auf Aal, Stör und andere gefährdete Süßwasserfische, der NABU setzt sich für den Erhalt des Lebensraums der Bekassine ein, des Vogels des Jahres 2013.

Nach wie vor nicht auf der Roten Liste zu finden ist die »Falken«-Drohne – eine Art, auf die man getrost verzichten könnte. Obwohl die

Bundeswehr keines der fünf Exemplare des Typs »Euro Hawk« (Euro Falke) in Betrieb nehmen kann, ließ etwa die NATO verlauten, dass dies für das Militärbündnis ohne Folgen bleiben werde. Ihr geplantes Bodenüberwachungssystem mit Drohnen des Typs »Global Hawk 40« werde »von der Stange gekauft«.

Aktuell gefährdet ist lediglich der Job von Thomas de Maizière. Der Verteidigungsminister hat nach Ansicht von Jürgen Trittin gegen das Gesetz verstoßen, weil er Details zu dem Rüstungsvorhaben verschwieg. »Hier wird offensichtlich mit falschen Karten gespielt«,

sagte der Grünen-Fraktionschef dem ARD-Morgenmagazin. Der verteidigungspolitische Sprecher der LINKEN, Paul Schäfer, warf dem Minister ein »gestörtes Verhältnis zur Transparenz« vor. Schäfers Amtskollege bei der SPD, Rainer Arnold, warnte de Maizière davor, die Verantwortung für das politische und finanzielle Debakel »nach unten abzuwälzen«. Es gibt Hoffnung bei den Artenschützern, dass sich die Verteidigungsminister unter Schwarz-Gelb noch vor der Wahl im Herbst weiter vermehren könnten. *Seiten 5 und 17*

Foto: ddpj/Northrup Grumman Corp./Cassidian

## Lehrlinge für Deutschland

5000 jungen Spaniern soll eine Ausbildung finanziert werden

Von Ralf Streck, San Sebastián

**Die deutsche und die spanische Regierung haben ein Abkommen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit unterzeichnet.**

Als »Wunder-Ministerin« wurde Ursula von der Leyen (CDU) vor ihrem Besuch am Dienstag in Spanien von der konservativen Tagesszeitung »El Mundo« bezeichnet. Die Bundesarbeitsministerin traf sich in Madrid mit ihrer Amtskollegin Fátima Báñez, um eine Absichtserklärung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Spanien zu unterzeichnen. Die Politikerin der konservativen Volkspartei (PP) wird hier »Ministerin der Arbeitslosigkeit« genannt, denn die Quote ist in der Krise auf etwa 27 Prozent gestiegen und 56 Prozent der unter 25-Jährigen haben keinen Job. Nur

in Griechenland ist die Lage noch dramatischer. In Deutschland dagegen liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei 7,6 Prozent.

Große Hoffnungen können sich junge Spanier aber nicht machen. Mit dem Abkommen wird nicht etwa die Misere bei Ausbildung und Beschäftigung in Spanien angegangen. Stattdessen sollen bis 2016 insgesamt 5000 Jugendliche in Deutschland einen Ausbildungsplatz finden. Junge Menschen würden in Deutschland »mit offenen Armen empfangen«, sagte von der Leyen. Ziel des koordinierten Vorgehens sei es, »unserer Jugend eine bessere Zukunft zu bieten«, erklärte Kollegin Báñez.

Die Bundesrepublik sucht händeringend nach klugen Köpfen. Von der Leyen hatte erst kürzlich davon gesprochen, die steigende Zahl gutausgebil-

deter Zuwanderer aus Süd- und Osteuropa sei ein »Glücksfall«, weil Deutschland »jünger, kreativer und internationaler« werde. Da 33 000 Ausbildungsplätze unbesetzt geblieben sind, sollen verstärkt Lehrlinge in Südeuropa angelockt werden. Wenn alles nach Plan läuft, könnten schon im Herbst die ersten Spanier eine Lehrstelle antreten. Genutzt werden sollen dafür vorrangig EU-Finanzmittel. Gelockt wird auch mit höheren Ausbildungsvergütungen als für deutsche Lehrlinge.

Es geht aber nicht nur um die Besetzung von Lehrstellen. »Schon heute haben viele Unternehmen Probleme, ihren Bedarf an Fachkräften zu decken«, beklagte das Bundesarbeitsministerium kürzlich. Dies werde Folgen für den Wirtschaftsstandort Deutschland haben. »Ohne Fachkräfte wird es

schwer, im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu bleiben.« Deshalb zieht Deutschland längst gut ausgebildeter Spanier an. Die Zahl junger Zuwanderer aus dem Land hat sich 2012 um fast 50 Prozent auf knapp 30 000 erhöht.

Was die Arbeitsministerin einen »Glücksfall« für Deutschland bezeichnet, nennt James Petras »Kolonialismus«. Der US-Soziologieprofessor sagte am Dienstag gegenüber Radio Euskadi, Länder wie Spanien, Portugal, Griechenland und Irland bezahlten für die Kosten bei Erziehung und Schule. Aber wenn das erwerbsfähige Alter erreicht sei, profitierten Länder wie Deutschland. Während Spanien die »dynamischsten, innovativsten und produktivsten Sektoren« verliere, bleiben Alte und Verarmte zurück.

## Schwarz-Gelb will DDR-Symbole verbieten

Polizei ermittelt nach Aufmarsch am 9. Mai

Berlin (Agenturen/nd). Die Stimmen für ein Verbot von DDR-Symbolen mehren sich. Die öffentliche Präsenz von Zeichen und Uniformen aus DDR-Zeiten habe inzwischen ein »kaum noch erträgliches Niveau« erreicht, sagte der Berichterstatter der FDP-Bundestagsfraktion für die Aufarbeitung des SED-Unrechts, Patrick Kurth, am Dienstag in Berlin. Zuvor hatte Stasi-Gedenkstättenleiter Hubertus Knabe seine Forderung nach einem Verbot von DDR-Symbolen in der Öffentlichkeit bekräftigt. Hintergrund ist ein Aufmarsch am Jahrestag des Sieges über Hitler-Deutschland am 9. Mai – mit DDR-Fahne, Gewehren und in Uniformen des MfS-Wachregiments und der NVA. Die Demonstration von Mitgliedern des Traditionsverbandes Nationale Volksarmee am Sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow hatte für große Empörung bei Politikern und DDR-Opferverbänden gesorgt. Die Polizei ermittelt wegen Verstoßes gegen das Waffen- und Versammlungsgesetz.

Der FDP-Politiker Kurth betonte, an vielen authentischen Orten der deutschen Teilung posierten heute Schauspieler in DDR-Uniformen und mit Staatsfahne für Touristen. Der Auftritt am 9. Mai sei »der vorläufige Gipfel dieser geschmacklosen DDR-Verharmlosung«. Nach Recherchen des Wissenschaftlichen Dienstes beim Bundestag könnte überdies die Verwendung von DDR-Symbolen im Einzelfall den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen, so Kurth.

Unionsfraktionschef Volker Kauder wurde in der »Berliner Morgenpost« mit der Aussage zitiert, solch eine Provokation dürfe sich nicht wiederholen. Opfer seien verhöhnt worden. Die Unionsfraktion werde über ein strafrechtliches Verbot des Tragens von Symbolen des SED-Staats nachdenken. Berlins Innensenator Frank Henkel (CDU) sprach von einer »unsäglichem Provokation, wenn diese Ewiggestrigen jetzt wieder uniformiert auf die Straße gehen«.

Kommentar Seite 4

KURZ

### Illegale Waffenlager

Moskau (dpa). Bei landesweiten Razzien hat der russische Inlandsgeheimdienst FSB vier illegale Waffenlager mit Granatwerfern, Kalaschnikow-Gewehren und Sprengstoff ausgehoben. Zwölf Mitglieder einer Waffenschlepperbande seien festgenommen worden, sagte ein FSB-Sprecher. Die Gruppe habe unter anderem Pistolen sowie Zehntausende Schuss Munition ins Ausland geliefert. Es handele sich um »einen der schwersten Schläge gegen Waffenschmuggel« in Russland.

### Großangriff der Taliban

Kandahar (dpa). Beim ersten konzertierten Großangriff auf afghanische Sicherheitskräfte seit Beginn der Frühjahrsoffensive der Taliban sind mehr als 30 Menschen getötet worden. Nach offiziellen Angaben handelte es sich bei den Toten um mindestens 26 Aufständische, vier einheimische Polizisten sowie einen afghanischen Soldaten.

### Verdacht im Geheimdienst

Bratislava (dpa). Der slowakische Militärgeschichtsdienst soll von eigenen Mitarbeitern um mehrere Millionen Euro betrogen worden sein. Verteidigungsminister Martin Givac bestätigte am Dienstag den Medien, dass dem Verdacht nachgegangen werde. Zuvor waren den Medien Hinweise darauf zugespielt worden, dass der Geheimdienst jahrelang systematisch Immobilien angekauft und dann weit unter ihrem Wert an Mitarbeiter übertragen habe. Die mutmaßlichen Profiteure hätten ausgenutzt, dass die Geschäfte des Geheimdienstes strenger Geheimhaltung unterliegen.